



Frankfurter Allgemeine Zeitung

Währungsunion 2.0

Die Diskussion über die Fortentwicklung der Währungsunion nimmt nach dem Sieg der proeuropäischen Kräfte bei der französischen Präsidentschaftswahl überraschend schnell Konturen an. Die Kommission in Brüssel hat ein Papier veröffentlicht, in dem es ihr vor allem darum geht, in den künftigen Verwaltungsstrukturen überhaupt eine Rolle zu spielen. Denn die wesentlichen neuen Stützen des Euros wie der Europäische Stabilitätsmechanismus unterliegen nicht der Administration der EU, sondern sind multilaterale Strukturen von Mitgliedsländern.

Es geht um regionale Umverteilung. Die starken, von Binnenmarkt und Euro am meisten profitierenden Regionen sollen etwas an die schwachen Regionen abgeben und im Gegenzug Einfluss auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen wie mangelnde Rahmenbedingungen oder überbordende Verschuldung erhalten. Wesentlich ist, dass es in der gegenwärtigen Diskussion nicht um die Vergemeinschaftung von bestehenden Schulden geht, sondern allenfalls um Hilfen für die laufenden Budgets.

Wer sich regionale Umverteilung in gegenwärtig oder ehemals gut funktionierenden Währungsräumen, wie etwa den Vereinigten Staaten, der Schweiz oder auch Deutschland anschaut, wird erschauern - einmal vor der Intransparenz und zum zweiten Mal vor dem Volumen der von den starken Regionen in die schwachen Regionen transferierten Finanzmittel. Deutschland ist ein schönes Beispiel. Da ist gerade der horizontale Ausgleich zwischen den Bundesländern abgeschafft worden, der 2016 gut 10,5 Milliarden Euro betrug. Diese Abschaffung ist jedoch Augenwischerei, denn die Umverteilung aus den starken Regionen des Südens in andere Landstriche bleibt natürlich bestehen. Sie läuft nun über den Bund, dessen Etat aber auch finanziert werden muss, nicht zu vergessen die Sozialversicherungssysteme. Überall tragen die starken Bundesländer mehr bei, als sie an Leistungen zurückerhalten.

Die EU ist Welten von der Finanzkraft der zentralen Ebenen in den Nationalstaaten entfernt. Die Diskussion über eine Transferunion steht am Anfang. Daher sind hier die Weichenstellungen am wichtigsten. Umverteilung ohne Verpflichtungen der Nehmerregionen wäre ein Fass ohne Boden.



Makro Research
Montag, 12. Juni 2017

Umverteilung ohne parlamentarische Kontrolle wäre ein demokratischer Alptraum. Das Europäische Parlament ist wohl kaum repräsentativ zu nennen. Daher sind die Befürchtungen der Brüsseler EU-Institutionen berechtigt, ob sie in einer europäischen Finanzpolitik überhaupt einen Auftrag erhalten oder ob nicht die Kontrolle durch die nationalen Parlamente gelten muss.

Wie reagieren die Finanzmärkte auf diese Diskussionen? Gar nicht. Denn an den Märkten ist die Vorstellung einer gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik von Anfang an Grundlage des Euro gewesen. Die strikte Trennung der öffentlichen Finanzen aus dem Maastricht-Vertrag war an den Märkten von Beginn an eine Fiktion. Aus Sicht der Märkte setzt die jetzige Debatte anstelle dieser Fiktion eine glaubwürdigere Geschichte

Autor:

Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater; DekaBank, Makro Research; Tel. (0 69) 71 47 - 28 49; E-Mail: economics@deka.de

Internet: <https://deka.de/deka-gruppe/research>

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht. Sie ersetzen keine (Rechts- und / oder Steuer-)Beratung. Auch die Übersendung dieser Darstellungen stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen aus oder beruhen (teilweise) auf von uns als vertrauenswürdig erachteten, aber von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuellen Einschätzungen der DekaBank zum Zeitpunkt der Erstellung wieder, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern können. Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse/Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse/Preise. **Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.** Diese Informationen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.